

Liebe Leserin, lieber Leser!

Ende Mai dieses Jahres hat die UNO beeindruckend klare Worte zur EU-Migrationspolitik gefunden: Die Europäische Union nehme mit ihrer Migrationspolitik im Mittelmeer „Menschenrechtsverletzungen billigend in Kauf“, resümiert das UN-Menschenrechtsbüro. Und präzisiert: Dass Menschen nicht geschützt würden, sei „kein tragischer Einzelfall“, sondern „die Folge von Entscheidungen und Vorgehensweisen der Europäischen Union, ihrer Mitgliedstaaten und Institutionen, so wie auch der libyschen Behörden“. Die seit Jahren von NGOs geäußerte Kritik an der EU-Flüchtlingspolitik wird damit vom großen Staatenbund gewichtig bestätigt.

Fast zeitgleich ist die für den EU-„Grenzschutz“, also die Flüchtlingsabwehr zuständige EU-Agentur Frontex erstmals vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt worden, 17 Jahre nach ihrer Gründung: Drei NGOs – die Vereinigung von Anwälten *Front-Lex*, das *Progress Lawyers Network* und *Helsinki-Monitor-Griechenland* – werfen Frontex Push-Back-Aktionen vor, also die illegale, EU-rechtswidrige Zurückweisung von Asylsuchenden. In der Klage geht es um eine Frau aus Burundi und einen 15-jährigen Buben aus Kongo, die auf Lesbos Schutz suchten: Beide seien ausgeraubt, festgenommen und dann auf dem Meer sich selbst überlassen worden, so der Vorwurf, mit dem sich Europas Höchstgericht befassen wird.

Am 28. Juli 1951, vor 50 Jahren, trat die **Genfer Flüchtlingskonvention** in Kraft: Sie ist das zentrale Abkommen über die Rechtsstellung von Geflüchteten, auch Grundlage für das UNHCR. Ihr Stellenwert ist unbestritten, auch wenn zurecht eine Debatte über die Ausweitung von anerkannten Fluchtgründen entstanden ist. Erst seit dem Zusatzprotokoll von 1967 gilt der Schutzanspruch auch für jene Geflüchtete, deren Herkunftsstaaten die Konvention nicht unterzeich-

net haben. In Österreich ist das Abkommen seit 1973 geltendes Recht, in Deutschland seit 1969, erst seit 2011 für die gesamte EU. Bis heute haben es erst 146 der 193 UNO-Staaten unterzeichnet.

Die Praxis der EU-Flüchtlingspolitik konterkariert aber aktuell vielfach die in der EU geltende Konvention. Dies vor allem, weil sichere Fluchtwege versperrt worden sind. Viele, die es dennoch irgendwie schaffen, europäischen Boden zu erreichen, werden in Lagern, vor allem auf griechischen Inseln, festgehalten. Der Protest dagegen, die Solidarität, die Forderung nach Aufnahme von Geflüchteten sind sichtbarer geworden. Wie seit Wochen vor dem Landestheater in Innsbruck. Am Samstag vor Weihnachten stellten Nik Neureiter und Bernhard Friesacher erstmals ihre Zelte auf. Dem **„Wochenende für Moria“** folgte „Noch ein Wochenende für Moria“, noch eines und noch eines, getragen von einem Kern von Mitstreiter*innen, bei jeder Temperatur, einmal mit dezentralen Solidaritätscamps, mittlerweile an 26 Wochenenden. Viele zeigten Solidarität. Frauke Schacht, die zu den Aktivist*innen zählt, schildert in diesem Heft ihre Eindrücke, die Fotos dokumentieren beispielhaft den Einsatz. „Grenzen töten“ war das Motto einer **Demo für eine humane Flüchtlingspolitik** in Innsbruck, die von Polizeibeamten gesprengt wurde: „Unangemessen“ und „ungesetzlich“ war deren Vorgehen, urteilte das Verwaltungsgericht: Im Blatt-Inneren mehr dazu – eine ausführliche **Video-Dokumentation mit Zeug*innen** der Vorfälle ist auch auf der FLUCHTpunkt-Homepage nachzusehen.

311 Personen haben im vergangenen Jahr bei FLUCHTpunkt Rat gesucht. Fast die Hälfte von ihnen kam aus Afghanistan, wo Terror und Bürgerkrieg herrscht, wohin Schutzsuchende dennoch abgeschoben werden. Sie erfahren mehr dazu in einem **Jahresbericht**.

Die Redaktion



Beratung von Geflüchteten in der Pandemie – Jahresbericht der FLUCHTpunkt-Beratungsstelle

Von Nora Ultsch-Neuhauser und der Beratungsstelle von FLUCHTpunkt

Gerne hätten wir Ihnen/Dir auch heuer wieder unsere Tätigkeiten 2020 im Zuge eines Dinnerclubs präsentiert und über unsere Arbeit gesprochen. Leider war uns dies aufgrund der Coronamaßnahmen bislang nicht möglich, weshalb wir in diesem Artikel über die Arbeit unserer FLUCHTpunkt-Berater*innen berichten möchten.

2020 war auch für unsere Beratungsstelle ein Ausnahmejahr. Verursacht durch die weltweite Covid-19 Pandemie waren wir in unserer Beratungsstelle vor neue Herausforderungen gestellt. Der erste behördlich verhängte „Lockdown“ im Frühjahr traf uns noch relativ unvorbereitet, wir mussten die Beratungsstelle kurzzeitig zusperren und waren für unsere Klient*innen zunächst nur noch telefonisch und per E-Mail erreichbar. Viel Arbeit floss in der Folge in das Ausarbeiten neuer Konzepte in der Beratungsstelle, die das Risiko einer Übertragung und Ansteckung mit Covid-19 minimieren sollten. Neben der Informationsweitergabe an Klient*innen und Aushänge in den relevanten Sprachen haben wir für die Beratung einen Vorrat an MNS-Masken und Desinfektionsmitteln angeschafft.

Im Laufe des Jahres haben wir uns auch Wissen bezüglich Video-konferenzen und Remote-Desktop-Lösungen erarbeitet, um für die folgenden „Lockdowns“ und Kontaktbeschränkungen besser gerüstet zu sein und die Beratungstätigkeit für unsere Klient*innen bestmöglich aufrechterhalten zu können. Entsprechend dem Wechselspiel an medizinischen und behördlichen Vorgaben von Verschärfungen und Lockerungen veränderte sich auch in unserer Beratungsstelle die Art und Anzahl der Beratungen. Unser Jahr war folglich geprägt von Wochen, in denen die Beratungen massiv zurückgingen und Zeiten in denen Beratungen vor Ort unter der Einhaltung der geltenden Auflagen wieder gut möglich waren und von Klient*innen auch sehr gut angenommen wurden.

Aufgrund der geschilderten Umstände erfolgte phasenweise eine sehr intensive telefonische Beratung. Vielfach erfolgten diese Beratungen anonym, weshalb diese Beratungen von der offiziellen Statistik nicht mitumfasst sind.

Mehr als 300 Personen suchten Rat – fast die Hälfte aus Afghanistan

Im Jahr 2020 hat FLUCHTpunkt insgesamt 1.247 Beratungen registriert und haben über 311 Personen das Beratungsangebot in Anspruch genommen. Wie auch in den Vorjahren, wurde das Beratungsangebot hauptsächlich von Männern in Anspruch genommen. Auch hinsichtlich des Alters unserer Klient*innen zeigt sich seit Jah-

ren ein unverändertes Bild, beinahe die Hälfte der beratenen Personen ist zwischen 26 und 35 Jahre alt, es gibt kaum Beratungen an Personen über 50 Jahren.

Mit 49 % kommt beinahe jede*r zweite unserer Klient*innen aus Afghanistan. Dieses Bild zeigt sich bereits seit mehreren Jahren, doch ist der prozentuelle Anteil der afghanischen Klient*innen im vergangenen Jahr weiterhin gestiegen (2019: 43 %). Wir gehen davon aus, dass FLUCHTpunkt innerhalb der afghanischen Community als Beratungsstelle gut bekannt ist und somit unser Angebot an neue Klient*innen vermittelt wird. Hinzu kommt aber sicherlich die besondere vulnerable Situation für in Österreich lebenden Menschen mit Fluchtgeschichte aus Afghanistan. In Afghanistan herrscht nach wie vor eine äußerst instabile, von Terror und Bürgerkrieg geprägte Sicherheitslage, welche sich zuletzt weiter verschärft hat. Die politische Entscheidung Österreichs, Afghanistan trotz der desaströsen Sicherheitslage in Teilen des Landes als „sicheres“ Herkunftsland einzustufen, in welche Menschen aus Österreich abgeschoben werden, hat für unsere Klient*innen verheerende Auswirkungen.

Unsere Statistik weist außerdem aus, dass etwas über 9 % unserer Klient*innen aus Syrien kommen, etwas über 8 % aus Irak, knapp 6% aus Somalia, knapp 4 % aus Nigeria, und etwas über 3 % aus Iran. Die durchaus beträchtlichen verbleibenden prozentualen Anteile verteilen sich auf eine breite Anzahl von Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern sowie auf sog. „staatenlose“ Menschen.

Acht Prozent der KlientInnen sind „illegalisiert“

Ungefähr ein Drittel der Klient*innen befindet sich in einem laufenden Asylverfahren, etwas weniger als im Jahr 2019 und immerhin 8 % der Menschen, die in die Beratungsstelle kommen, sind „illegalisiert“, was bedeutet, dass ihr Asylverfahren rechtskräftig, ohne eine Form der Aufenthaltsberechtigung, abgeschlossen ist.

Rechtsinformation zum Asylgesetz und Fragen zur Familienzusammenführung waren im vergangenen Jahr die Beratungsschwerpunkte von FLUCHTpunkt. Dabei ist der Bedarf an Beratungen zur Familienzusammenführung erheblich gestiegen.

Auch Anfragen zu finanziellen Belangen hat es 2020 viele gegeben, was nach unserer Einschätzung auch mit der Covid-19 Pandemie zusammenhängt, welche viele unserer Klient*innen in eine äußerst prekäre und existenzbedrohende finanzielle Lage gebracht hat. Geflüchtete Menschen, die zuvor schon von rassistischen Ausgrenzungsmechanismen in unserer Gesellschaft betroffen waren und

tendenziell am „Rand“ oder teilweise isoliert von der Gesellschaft leben mussten, trifft auch diese Pandemie und deren Auswirkungen besonders hart. Menschen, die gerade erst am Arbeitsmarkt in Österreich Fuß gefasst haben oder in schwierigen Arbeitsverhältnissen standen, waren schnell und hart von Arbeitsplatzverlusten betroffen, teilweise ohne Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, da sie noch nicht lange genug in Österreich gearbeitet haben.

Verstaatlichte Rechtsberatung: Kritik bleibt aufrecht, wir bleiben wachsam

Mit dem Jahreswechsel 2020/2021 ist eine lange kritisierte und weitreichende Veränderung im österreichischen Asylwesen in Kraft getreten, indem die bundesfinanzierte unabhängige Rechtsbera-

tung für Asylwerber*innen abgeschafft wurde. Die Versorgung und Beratung von Menschen im Asylverfahren wurde mit der BBU GmbH (Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen), welche unmittelbar der Kontrolle des Bundesministeriums für Inneres unterliegt, verstaatlicht. Wir sehen es als unsere Aufgabe, unter Beibehaltung unserer grundsätzlichen Kritik an dieser Neuregelung, eine Kontrollfunktion auszuüben und die Vorgehensweise und Arbeit der neu geschaffenen Bundesagentur gemeinsam mit anderen NGOs in Österreich zu dokumentieren. Und diejenigen schutzsuchenden Menschen zu begleiten und engagiert zu vertreten, die nun umso mehr Gefahr laufen, dass sie ihre Rechte und Bedürfnisse nicht erfüllt bekommen. Unsere Hilfe wird weiterhin eine Hilfe unter Protest sein – denn Protest gegen das Abschottungs- und Abschiebungsregime und die immer weitergehendere Entrechtung von Menschen mit Fluchtgeschichte ist heute dringender denn je.



Wochenende für Moria – Innsbruck, wo alles begann ...

Von Frauke Schacht

Am 19.12.2020 starteten der Obmann des Vereins Theater Konkret Nik Neureiter und sein Mitstreiter Bernhard Friesacher das erste „Wochenende für Moria“. Ausgestattet mit einem Schild, einem Topf voll Straßenkreiden und einer gehörigen Portion Utopismus schlugen die beiden erstmals ihre Zelte vor dem Tiroler Landestheater auf. „Wir sitzen nicht mehr zu Hause. Wir unterschreiben keine weitere Petition mehr oder leiten beklemmend erschütternde Nachrichten weiter. Wir lassen uns Fakten nicht mehr wegerklären. Wir wollen keinen Urlaub mehr von der Wirklichkeit“, so Nik und Bernhard.

Inzwischen ist aus diesem ersten Wochenende das 26ste Wochenende geworden. Längst sind die beiden Initiatoren nicht mehr alleine, sondern inzwischen haben sich österreichweit viele Mitaktivist*innen der Aktion angeschlossen. Jede Woche stehen bis zu zwanzig Zelte am Theaterplatz in Innsbruck, es gibt regelmäßige Protestcamps in Graz, Linz, Klagenfurt, Wels, Villach, Schwechat, Mödling, Gallneukirchen, Bad Aussee, Ottenheim, Wien, Berlin, aber auch in Absam und Telfs campieren Aktivist*innen um für die Aufnahme von Menschen aus den Lagergefängnissen einzustehen. Auch die wöchentlichen Mahnwachen in Tirol wachsen und wachsen. In über 20 Gemeinden in Tirol wird nun schon über Wochen die Menschlichkeit, Hilfs- und Aufnahmebereitschaft der Zivilbevölkerung sichtbar gemacht.

Seit dem zweiten Wochenende bin auch ich Teil des Protestcamps in Innsbruck. Meine Mitstreiter*innen und ich wollen und können dem Elend, das die EU und die österreichische Bundesregierung tagtäglich in unserem Namen schafft, nicht mehr tatenlos zusehen. Unrecht braucht nur das Schweigen einer Mehrheit, um weiter zu existieren. Und wir sehen es als unsere Pflicht an, mit diesem Schweigen zu brechen. Die österreichische Bundesregierung ist bis

heute ihrer Verantwortung nicht nachgekommen, Menschen aus dem Lagergefängnis Europas aufzunehmen und setzt damit ihre Politik der *unterlassenen Hilfeleistung* unbehelligt fort. Unserer symbolische Forderung, 100 Familien aufzunehmen, also etwa 450 Menschen, könnte bereits morgen nachgekommen werden. SOS Kinderdorf alleine könnte diese sofort unterbringen, ganz zu schweigen von den über 3.000 sicheren Plätzen in ganz Österreich, die schon heute bezugsfähig wären, ohne einen einzigen Cent der Bundesregierung. Damit ist es eine politische Entscheidung, Menschen an den EU-Außengrenzen in untragbaren Zuständen festzuhalten.

„Ohne schreckliche Bilder wird es nicht gehen!“, so die Worte des österreichischen Bundeskanzlers. Diese Bilder sollen eine abschreckende Wirkung auf Menschen haben, die sich auf den gefährlichen Weg nach Europa machen. Das was hier gegenwärtig passiert, ist ein Verbrechen. Es ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wir alle sind Zeug*innen davon und dazu aufgerufen von allen Seiten den Druck auf die österreichische Bundesregierung zu erhöhen. Empören wir uns daher jeden Tag wieder aufs Neue über das Nicht-Handeln, ja über das absolute Total-Versagen der österreichischen Bundesregierung. Das dürfen wir nicht durchgehen lassen.

Wochenende für Wochenende – für Moria

Aus den nun schon sechszwanzig Wochenenden werden wahrscheinlich noch viele weitere Wochenenden werden und unsere Appelle werden noch lange verhallen in den endlosen Weiten von Ignoranz und Machtgeilheit.



Die *Morias Europas* werden – und das ist die frustrierende Nachricht – weiter existieren, solange die globalen Machtverhältnisse so bleiben wie sie sind. Moria, Lipa, Kara Tepe sind das Produkt einer sich jahrhundertlang etablierten Weltordnung, die Chancen und Risiken ungleich über den Globus verteilt. Sie sind das Produkt einer globalen Hierarchie der Mobilität, die den Zugang zu gesellschaftlich relevanten Gütern für eine Minderheit auf Kosten einer Mehrheit ermöglicht. Aktuelle besitzt ein Prozent der Weltbevölkerung annähernd die Hälfte des Weltvermögens. In diesen Zusammenhängen, denken wir, liegt auch das uns so oft begleitende Gefühl der Ohnmacht begraben. Denn das globale System der Ungleichheit ist ein verdammt großer Gegner.

Was aber nun, wenn wir scheinbar nichts an den wirklichen Ursachen ändern können. Ist dieses Protestcamp dann letztlich auch nicht mehr als eine leere Geste; die uns allen das trügerische Gefühl gibt, dass wir ja „sowieso etwas tun“?

Wir glauben nicht. Wir dürfen nicht unterschätzen welche Macht von Symbolpolitiken ausgehen kann. Symbolpolitik wird oft als Synonym für Tatenlosigkeit verwendet; ein Zeichen zu setzen, ohne dabei unmittelbar die konkrete Situation zu verändern, so könnte Symbolpolitik definiert werden. Wenn wir jedes Wochenende unsere Zelte vor dem Theaterplatz aufschlagen ist das auch eine solche Form der Symbolpolitik. Allerdings kann Symbolpolitik nie als schlichter Gegensatz zu tatsächlichen Handlungen verstanden werden. Denn durch sie wird es möglich, ein anderes Narrativ zu erzeugen. Ein Narrativ, das neue Handlungsspielräume und alternative Ideen eröffnet, für das, was machbar ist, und auch für das, was notwendig ist. Durch sie können neue Netzwerke entstehen, neue Bündnisse geschlossen werden, aus denen heraus dann wiederum ganz konkrete Handlungen hervor gehen. Es kann also nicht darum gehen, das Große Ganze von heute auf morgen zu verändern. Und daher muss es vielleicht vielmehr darum gehen, global zu denken und lokal zu handeln. Was wir damit meinen ist, dass wir es für wichtig halten, sich der globalen Zusammenhänge für all diese Ungerechtigkeiten im Klaren zu sein; ohne sich allerdings von diesen lähmen zu lassen, sondern sich vielmehr der eigenen Handlungsfähigkeit hier vor Ort bewusst zu werden. Inzwischen ist der Theaterplatz in Innsbruck zu einem Begegnungsort geworden. Ein Ort, an dem politischer Unmut artikuliert werden kann und an dem ein Austausch über Ideen stattfindet, wie wir Gesellschaft anders ausbuchstabieren wollen und können.

Aufgebracht verließ der Mann den Platz – und kam wieder, mit Tee und Kuchen

Eine Begegnung, die mich persönlich sehr bewegt hat, war jene, die ich mit einem älteren Mann hatte. Vor einigen Wochen kam er ziemlich aufgebracht auf mich zu. Das würde gar nichts bringen, was wir hier machen, das wäre reine Zeitverschwendung. Was es bräuchte, wäre Hilfe vor Ort. Wir könnten ja schließlich nicht die ganze Welt in

Österreich aufnehmen, und außerdem gäbe es ja auch hier so viele Leute, die Hilfe brauchen.

Wir unterhielten uns ca. zehn Minuten, kamen aber nicht wirklich auf einen gemeinsamen Nenner. Nicht minder aufgebracht verließ er den Platz. Wahrscheinlich ähnlich unbefriedigt von unserer Diskussion wie ich. Eine Woche später kam der Mann erneut. Diesmal allerdings mit Tee und Kuchen. Er hätte über einige Punkte unseres Gespräches nachgedacht und müsse zugeben, dass er den Sinn dieser Aktion nun besser verstehen könne. Bevor er wieder ging, drehte er sich noch einmal kurz zu mir um und meinte: „*Nochmal danke, dass Ihr das macht. Wahrscheinlich können wir Alten doch noch ziemlich viel von Euch Jungen lernen.*“ Eine Begegnung, die etwas verändert hat. Eine unter vielen. Wir alle hatten hier am Platz solche oder ähnliche Erlebnisse mit Passant*innen. Wir alle haben uns mit Menschen unterhalten, denen wir sonst wahrscheinlich nicht begegnet wären.

Es sind wunderbare Begegnungs- und Diskussionsräume entstanden, der Platz und die große Solidaritätsgemeinschaft, die sich durch ihn geformt hat, sind wertvoll und bilden ein wichtiges Gegengewicht, einen wichtigen Referenzpunkt für Widerstand gegen die untragbaren Politiken der Bundesregierung. Auch wenn wir die Effekte unseres Widerstandes nicht direkt erkennen können, auch wenn sie nicht morgen, nicht übermorgen, für die Menschen in den *Morias Europas* spürbar werden, müssen wir an dem Wissen festhalten, dass Veränderung nicht nur nötig ist. Nein, sie ist vielmehr auch möglich.

Weil wir wissen, dass es möglich ist ...

Und wir alle wären nicht jedes Wochenende wieder am Theaterplatz, wenn wir nicht von dieser Möglichkeit, dass es eine Veränderung geben kann, überzeugt wären. Weil wir wissen, dass es möglich ist, lassen wir nicht locker. Weil wir wissen, dass es möglich ist, entlassen wir die Verantwortlichen nicht aus ihrer Pflicht. Weil wir wissen, dass es möglich ist, werden wir weiterhin Taten einfordern, werden wir weiterhin anprangern und unbequeme Fragen stellen. Bis etwas passiert.

Wir geben uns nicht zufrieden mit leeren Versprechungen, die Hilfe vor Ort in Aussicht stellen, die nicht ankommt, und selbst wenn sie ankommen würde, nur dazu beiträgt, dass das ungerechte System der Lager weiter aufrecht erhalten wird. Es gibt keine humanen Lager, genauso wenig wie es humane Abschiebungen gibt. Wo keine Kläger*in, da keine Richter*in. Also lasst uns weiter anklagen, lasst uns weiter einklagen, lasst uns weiter die Zuversicht behalten, dass eine andere Welt möglich ist. Wenn wir nichts fordern, werden wir genau das bekommen. Nichts. Und Nichts ist definitiv zu wenig.

Das Protestcamp „Wochenende für Moria“ findet jeden Samstag ab 12.00 Uhr bis Sonntag um 17.00 Uhr vor dem Tiroler Landestheater statt. Informationen über die vergangenen Wochenenden findet Ihr unter folgendem Link: <https://www.und-lieben.tirol/>.

„Unangemessen“ und „ungesetzlich“ – Verwaltungsgericht verurteilt die Polizei

von Wilfried Hanser

Die Polizei hatte einen Teil der Innsbrucker Demo für eine humane Flüchtlingspolitik („Grenzen töten“) Ende Jänner 2021 eingekesselt und mit Schlagstöcken und konzertiertem Pfeffersprayeinsatz attackiert.

Am 28. April 2021 fand der Prozess über eine Maßnahmenbeschwerde der Veranstalter der Demo gegen den Polizeieinsatz (120 Beamt*innen!) vor dem Tiroler Landesverwaltungsgericht statt – genau gegenüber dem Ort des massiven Polizeiübergreifendes vom 30. Jänner 2021 auf die Demonstrationsteilnehmer*innen. Die Auflösung der Demonstration durch die Polizei wurde vom Verwaltungsgericht als unangemessen und die Pfeffersprayattacke als ungesetzlich beurteilt. Die Polizei wurde zur Zahlung der Verfahrenskosten von € 1.659,50 verurteilt. Das Urteil ist rechtskräftig. Innenminister Karl Nehammer hat am 3. Mai im Parlament angekündigt, dass er gegen das Urteil Revision beim Verwaltungsgerichtshof einlegen will. Er „begründet“ dies damit, dass von dieser und einer anderen Demo am 1. Mai in Wien „eine Gefährdung ausgegangen“ sei.

Verletzten Demonstrant*innen wurde Hilfe verweigert

Was ist passiert? Die etwa 700–900 Teilnehmer*innen der Demonstration „Grenzen töten“ forderten die Evakuierung der Flüchtlinge, die auf griechischen Inseln, viele im Lager Kara Tepe auf Lesbos festsetzen und kritisierten das EU-Grenzregime, die EU-Flüchtlingspolitik und die österreichische Abschiebep Praxis. Obwohl die Demonstration durchgehend friedlich verlief, kesselte die Polizei – ohne Anlass aus dem Verlauf der Demo heraus – einen Teil der Demo mit etwa 60 Personen plötzlich ein und versuchte, diese Teilnehmer*innen aus der Demo hinaus- und zu einem Zaun hindrängen. Gleichzeitig wurde die gesamte Demo für aufgelöst erklärt und unmittelbar darauf die zusammengedrängten Demonstrant*innen im eingekesselten Bereich mittels Rempelen, Schlägen, Schlagstöcken und mehreren, konzertiert von zwei Seiten gleichzeitig eingesetzten Pfefferspraykanistern attackiert, obwohl diese den genialen Spruch „Wir sind friedlich – was seid ihr?“ riefen. Ein Teil der eingekesselten Demonstrant*innen versuchte daraufhin, in Panik zu fliehen. Sie wurden verhaftet. Die vor und hinter diesem Teil befindlichen Demonstrationsteilnehmer*innen wurden von der Polizei abgeblockt und aufgefordert, den Platz zu verlassen. Die massive und überraschende Polizeigewalt hat die umstehenden Demonstrant*innen empört und schockiert. Aus Solidarität mit den Bedrängten blieben sie stehen und forderten Aufklärung von der Polizei sowie einen

Stopp der brutalen Vorgangsweise, anstatt dem unsäglichen Geschehen einfach den Rücken zu drehen und sich feige aus dem Staub zu machen. In der Folge wurden auch umstehende Demonstrant*innen von Polizisten geschubst, attackiert, teilweise verhaftet. Viele wurden mit Anzeigen bedroht. Verletzten Demonstrant*innen wurde medizinische Hilfe verweigert und die Zufahrt der von Demonstrant*innen herbeigerufenen Rettung von der Polizei blockiert.

Insgesamt gab es 125 Anzeigen, 43 Identitätsfeststellungen sowie 24 Festnahmen, einige davon länger als das gesetzlich festgelegte 48-Stunden-Limit. Festgenommene beklagten diskriminierende und sexistische Behandlung, Kontaktverweigerung mit Anwälten und Angehörigen und andere Ungesetzlichkeiten.

Polizeiattacke auf die Demo war wohl länger vorbereitet

Im Unterschied zur Darstellung in Presseaussendungen der Polizei sowie der Behauptung des Innenministers, dass von der Demonstration eine Gefährdung ausgegangen sei, sprechen die Aussagen der Zeug*innen, die an der Demo teilgenommen haben sowie zahlreiche Videos eine gänzlich andere Sprache:

- Es gab aus dem Verlauf der Demonstration heraus keinen Anlass für die massive und für Innsbruck beispiellose Attacke der Polizei auf einen Teil der Demo. Die Demonstration verlief friedlich, die Teilnehmer*innen trugen durchgängig den vorgeschriebenen Mund-Nasenschutz und hielten – so gut es eben ging – den gebotenen Sicherheitsabstand ein. Die Demonstrationsleitung hat zudem – aus Überzeugung – immer wieder aufgefordert, dass diese Schutzbestimmungen eingehalten werden. Es gab zwar aus dem später eingekesselten Teil der Demo kritische Sprechchöre gegen die Polizei und fallweise Beschimpfungen, aber keine tätlichen Attacken, wie später behauptet wurde.
- Die Strategie der Einsatzleitung wirkte enorm eskalierend: Der massive Einsatz von 120 Polizeibeamt*innen, die aus ganz Tirol und teilweise auch anderen Bundesländern zusammengezogen wurden, die sich im Verlauf der Demo zudem immer bedrohlicher adjustierten und verhielten, provozierte eine bedrückende Stimmung. Von Anfang der Demo an wurden schikanöse Kontrollen und Videoaufnahmen durch zivile Beamte gemacht, die sich unter die Demonstrant*innen mischten. Es erfolgten willkürliche Identitätsfeststellungen insbesondere nach rassistischen Kriterien und Abstrafen von Demonstrant*innen. Dies rief Irritationen unter den Demoteilnehmer*innen hervor.

- Der Ort der Polizeiattacke an der Engstelle Ecke Templstraße/ Michael Gaismairstraße auf einen Teil der Demo war offensichtlich von langer Hand vorbereitet; Arrestantenwagen wurden bereits vorher in der Nähe geparkt und massive Einsatzkräfte zusammengezogen. Von einer spontanen Reaktion der Polizei auf den Verlauf der Demo kann keine Rede sein.

- In Presseaussendungen wurde die Vorgangsweise der Polizei mit der Verletzung der Corona-Schutzbestimmungen und einer Gefährdung, die von der Demo ausgegangen wäre, gerechtfertigt. Dies entspricht nicht dem tatsächlichen rücksichtsvollen Verhalten der Teilnehmer*innen. Und es steht in eklatantem Gegensatz zur demonstrativen Ignoranz desselben Einsatzleiters gegenüber der bewussten und gezielten Verletzung von Corona-Schutzmaßnahmen bei einer Reihe Innsbrucker Demos von Verschwörungsideologen. Hier stellt sich auch die Frage, ob die Gesundheitsbehörde nur je nach Bedarf von der Polizei geholt und vorgeschoben wird, um beabsichtigte Maßnahmen zu rechtfertigen oder ob diese autonom handelt. Jedenfalls misst sie offensichtlich mit sehr verschiedenen Maßstäben. Zudem wurden die Teilnehmer*innen des attackierten Teiles der Demo als angeblich „gewaltbereite Demonstrant*innen“ dämonisiert. Das widerspricht rechtsstaatlichen Standards: Nicht das tatsächliche Verhalten der Demo-Teilnehmer*innen, sondern Zuschreibungen durch den Einsatzleiter oder die Presseabteilung werden als

„Begründung“ für massive Eingriffe in die Versammlungsfreiheit aus dem Hut gezaubert.

Bei der Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht behaupteten die befragten Polizeibeamten, dass es von keinem der drei Einsatzleiter einen Einsatzbefehl für die Pfeffersprayattacke gegeben hätte. Dies wirft Fragen auf:

1. Polizeibeamte sagen vor Gericht bewusst die Unwahrheit. Das wäre beunruhigend.
2. Angenommen aber, die Aussage trifft zu: Dann müsste befürchtet werden, dass es in der Polizei unkontrollierte Parallelstrukturen gibt, die eine solche konzertierte Aktion (gleichzeitiger massiver Pfeffersprayeinsatz aus vier großen Kanistern, und zwar zugleich von zwei Seiten ausgeführt) ermöglicht hätten. Dies wäre noch beunruhigender. Warum wurde danach keine Untersuchung eingeleitet und warum wurden die wildgewordenen „Cowboys“, die in Rambo-Manier und angeblich auf eigene Faust vorgegangen sind, nicht zur Rechenschaft gezogen? Warum wurde stattdessen die Attacke sowohl in Presseaussendungen der Polizei als auch durch den Tiroler Polizeipräsidenten öffentlich gerechtfertigt und dann durch den Innenminister gedeckt? Fürchten sich die Polizeispitze bzw. der Minister etwa vor solchen Beamten in Parallelstrukturen?



Der Polizeieinsatz hat die Ziele der Demo in den Hintergrund gerückt

Zu fordern ist deshalb:

- Einstellung aller Verfahren gegen Teilnehmer*innen der Demo
- Akzeptanz des Urteils des Landesverwaltungsgerichts in Bezug auf die Maßnahmenbeschwerde
- Interne Untersuchung der unverhältnismäßigen Vorgangsweisen, der Einsatzstrategie und von Eigenmächtigkeiten einzelner oder Gruppen von Beamten sowie entsprechende organisatorische, personelle und disziplinarische Konsequenzen.
- Eine unabhängige Untersuchung der Vorgangsweise der Polizei und Ableitung von Maßnahmen, um eine Wiederholung zu vermeiden (Dialog und Deeskalation!)
- Qualifizierungsmaßnahmen in Dialog und deeskalierendem Verhalten
- Möglichkeiten von Reflexion und Supervision für Beamte

Schade, dass durch die Polizeiattacke das Ziel der Demo, nämlich eine humanere Flüchtlingspolitik zu bewirken, völlig aus dem Fokus der Aufmerksamkeit verschwunden ist.

Die Politik versagt völlig gegenüber Menschen auf der Flucht vor Kriegen, Verfolgung und Not. Es schadet der Demokratie, wenn nun die Polizei als Lückenbüßer aufgeboten wird, um Proteste gegen diese Flüchtlingspolitik einzuschüchtern. Stattdessen muss die Hartherzigkeit und Ignoranz der Politik endlich überwunden und eine humane Flüchtlingspolitik und Bekämpfung der Fluchtursachen angegangen werden. Dialog mit Hilfsorganisationen und der Gesell-

schaft für humane Lösungen statt Einbetonieren in billigen spalterischen und menschenverachtenden Populismus ist gefordert. Setzen wir uns dafür ein!

Die Dokumentation

Wilfried Hanser (Organisation) und *Bert Walser* (Kamera/Schnitt) haben eine ausführliche Video-Dokumentation der Aussagen von Zeug*innen der polizeilichen Übergriffe erstellt. Zum Nachsehen liegen auf der Homepage von FLUCHTpunkt sowohl die ausführlichen Interviews, die am Ort der Einkesselung gedreht wurden, vor, wie eine Video-Zusammenfassung: <https://www.fluchtpunkt.org/>. - Hier ist das Video mit den zusammengefassten Zeug*innenaussagen auch zu sehen: <https://youtu.be/X-9vY5WONnk>. Auf dem youtube-Kanal Solidarisches Innsbruck sind auch die ausführlichen einzelnen Zeug*innenaussagen zu sehen: <https://www.youtube.com/channel/UCXzQdmSpglOuQZmOyOpzIA>.

Interview mit dem Veranstalter in „Zeitlos“: <https://www.diezeitlos.at/2021/02/grenzen-toeten/>

Bericht auf der ORF-Website über Verurteilung des Polizeieinsatzes (Maßnahmenbeschwerde): <https://tirol.orf.at/stories/3101345/>

Bericht in der TT zum Urteil des Landesverwaltungsgerichtes gegen den Polizeieinsatz: <https://www.tt.com/artikel/30790366/eskalierte-demo-in-innsbruck-vorgehen-der-polizei-war-rechtswidrig>



Grenzen töten – Rede beim Moria-Solidaritätscamp in Innsbruck

von David Troppmair*

Grenzen töten, das wissen alle. Deshalb sind wir heute hier. Es ist bedeutsam zu sehen, dass so viele Menschen sich hier zusammengefunden haben und ein Zeichen setzen wollen, ein Zeichen gegen tödliche Grenzen. Wir leben in einem Europa, das die Europäische Menschenrechtskonvention oder die Genfer Flüchtlingskonvention als fundamentale Eckpfeiler ihrer Daseinsberechtigung ansieht, möchte mensch meinen. Seit Jahren stehen illegale Deportationen und menschenunwürdige Zustände an den Außengrenzen an der Tagesordnung. Solche Missstände schaffen es kaum noch in die Schlagzeilen. Es sei denn, ein weiteres Lager brennt. Wohin gehen wir, Europa? Wohin gehen wir, Österreich?

Wie viele Lager müssen noch brennen, damit sich die rassistische Außenpolitik einer machtgeilen ÖVP und den enttäuschenden Grünen ändert?

Heute sind wir hier zusammengekommen, um zu zeigen, dass wir in diesem politischen Machtspiel nicht mehr mitspielen. Denn eines muss uns allen bewusst sein: Die Leidtragenden dieser Spiele sind Menschen auf der Flucht, die ohne Rechte und Schutz in einer strukturellen Umgebung vor sich hinvegetieren müssen. Diese Menschen haben keine Möglichkeiten ihren Problemen Gehör zu verschaffen. Flucht ist kein Verbrechen und ein Mensch kann und wird niemals illegal sein.

Das Lager Lipa in Bosnien zeigt das Versagen europäischer Politik

Gerade an der Außengrenze in Bosnien sind die Zustände verheerend. Im Kanton Una-Sana, dem Grenzgebiet zu Kroatien, finden kontinuierlich Menschenrechtsverletzungen statt! Die offiziellen Lager in Lipa, Bihac, Velika Kladusa, oder Cazin sind maßlos überfüllt und bieten bei weitem nicht den Schutz, den sie versprechen. Unzureichende Versorgung sowie repressiv und gewalttätig auftretende Autoritäten sind der traurige Alltag.

Das Lager in Lipa wurde im Frühjahr 2020 als Übergangslager nach der Schließung des Lagers Bira in Bihac eröffnet und nur zur temporären Nutzung gebaut. Zu Anfangszeiten wurde die Rhetorik angewandt, Lipa werde noch vor dem Winter geschlossen, da eine solches Lager nicht winterfest ist. Seit es das Lager gibt, gab es kein

fließendes Wasser! Strom wird nur mit Hilfe von Aggregaten erzeugt. Lipa ging am 23. Dezember in Flammen auf! Aber auch nach dem Brand ist Lipa nach wie vor da, nur 3 Stunden von der österreichischen Grenze entfernt. Menschen leben dort im Schneetreiben und bei Eiseskälte. Offiziell gilt es als geschlossen, dennoch befinden sich noch ca. 800 Personen vor Ort. Lipa ist ein deutliches Zeichen des Versagens der Europäischen Politik! Ist das hilflose Abbrennen des Lagers immer noch kein eindeutiges Zeichen? Lipa muss endlich evakuiert werden!

In Bosnien gibt es eine Vielzahl an Personen, die in den überfüllten Lagern ohnehin keinen Platz haben und schutzlos unter freiem Himmel, im Wald oder in alten Fabriksgebäuden unterkommen müssen. Stellen wir uns gegen ein solches Vorgehen und verschließen nicht die Augen! Österreich und die Europäische Union müssen zur Verantwortung gezogen werden, sei es wegen der Grenzgewalt, der Pushbacks oder der menschenunwürdigen Lebensumstände in und außerhalb der Camps!

Amnesty International spricht von „Folter“

Erklären wir uns solidarisch mit allen Menschen, die an einer Grenze feststecken! Lasst uns gemeinsam alle Politiker und Politikerinnen dazu auffordern, dass Europa und insbesondere Österreich diesen Weg nicht mehr weiter gehen. Wir fordern die sofortige Evakuierung und Aufnahme von Schutzsuchenden an der EU-Außengrenze und in Griechenland. Schauen wir nicht länger zu, wenn Lager wie Lipa, Miral oder Kara Tepe zu Schauplätzen von humanitären Katastrophen werden, sondern lasst uns weiter daran festhalten, dass eine Evakuierung die einzig menschenwürdige Lösung entlang der Außengrenze ist!



* David Troppmair ist bei der Initiative SOS Balkanroute aktiv. Diese Rede war geplant als Beitrag bei der Demonstration „Grenzen Töten“ in Innsbruck, am 30. Jänner 2021. Aufgrund des Polizeieinsatzes, der die Demo sprengte, hat Troppmair seine Rede etwas später am selben Tag vor dem Landestheater gehalten, beim Solidaritäts-Wochenende für Moria.

Wir fordern den Stopp der Unterstützung für die kroatische Grenzpolizei. Anstelle eines Asylverfahrens erwartet die Menschen in Kroatien eine gewalttätige Grenzpolizei, die sie mit brutalen Methoden zurück nach Bosnien drängt. Es steckt ein System, eine Strategie hinter dem Vorgehen von Frontex unter der Leitung der kroatischen Polizei. Die Europäische Union und Österreich nehmen die Verhältnisse in Bosnien nicht nur hin, sondern tragen bewusst dazu bei, dass solche Verhältnisse entstehen. Die Regierungen in Österreich und anderen Ländern der Europäischen Union unterstützen diese Vorgehensweise. Österreich z. B. in Ausbildungsprojekten der kroatischen Polizei. Deutschland schenkt der kroatischen Grenzpolizei 20 Fahrzeuge, gerade im letzten Dezember. Dieses Vorantreiben des Grenzschutzes ist ein Vorantreiben von Gewalt. Diese Gewalt wird von Amnesty International als Folter eingestuft. Dieser systematische Bruch nationalen, europäischen und internationalen Rechts ist der Grund, weshalb Menschen in Bosnien festsitzen.

Fehlender politischer Wille ist der Grund, warum sich an der Situation nichts ändert! Lasst uns gemeinsam weiterhin Druck auf Politiker und Politikerinnen ausüben! Nur so kann sich etwas an der

schrecklichen Lage ändern! Wir werden nicht aufhören! Wir werden nicht länger nur zuschauen! Bleiben wir laut, bis die Außengrenzen Europas kein rechtsfreier Raum mehr sind und die schutzsuchenden Personen einen menschenwürdigen Zufluchtsort bereitgestellt bekommen!

Wir setzen ein Zeichen gegen tödliche Grenzen! Wir setzen ein Zeichen gegen Polizeigewalt! Wir setzen ein Zeichen gegen illegale Deportationen! Wir setzen ein Zeichen für sichere Fluchttrouten! Wir setzen ein Zeichen für die sofortige Evakuierung der Lager! Keine Abschiebung ist legal und kein Mensch illegal! Nieder mit der Festung Europa!

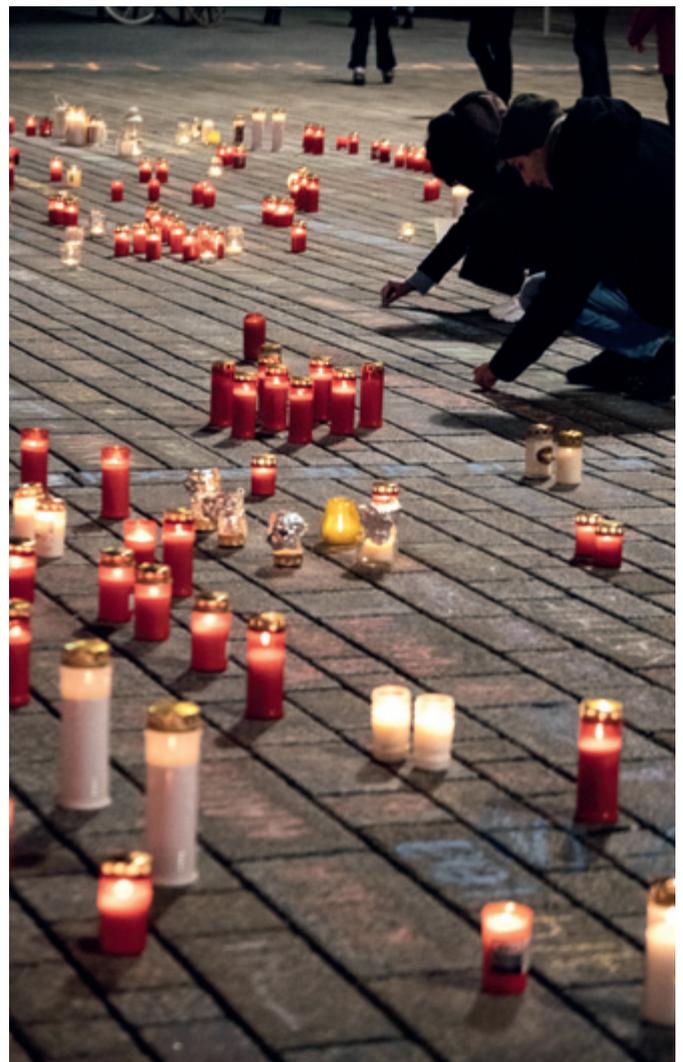
Spenden für die Initiative SOS-Balkanroute an:

IBAN: AT20 2011 1842 8097 8400

BIC: GIBAATWWXXX

Kontoinhaber: SOS Balkanroute

Paypal: team@sos-balkanroute.at



Brief an den Kanzler – Redepreformance beim Solidaritätscamp in Innsbruck*

Von Frauke Schacht

Wir sind jetzt das 12. Wochenende in Folge hier. Die Bundesregierung hat sich noch keinen Zentimeter bewegt. Das macht wütend. Vor einigen Jahren hat mir eine gute Freundin einen Ratschlag gegeben: Ich war damals auch sehr wütend auf einen Menschen. Ich wollte und konnte das dieser Person nicht direkt ins Gesicht sagen. Trotzdem musste ich irgendwo hin mit dieser Wut. Meine Freundin schlug mir vor, einen Brief an die besagte Person zu schreiben, in dem ich alles niederschreiben sollte, was ich ihr sagen würde. Ob ich ihn abschicken würde, könne ich mir ja danach überlegen.

Auch heute empfinde ich Wut einer Person gegenüber, die ich nicht treffen kann, und auch gar nicht weiß, ob ich das will. Diese Person nennt sich Kanzler. Also habe ich mich in den vergangenen Tagen hingesetzt und einen Brief verfasst an diesen Kanzler. Und ich muss gleich spoilern: Meine Wut ist nicht weniger geworden. Aber das ist auch gut so:

Lieber Herr Kurz! – Okay – schon bevor ich inhaltlich werde, ist es gar nicht so einfach, die richtigen Worte zu finden. Das „Lieber“ nehme ich wieder zurück. Nichts, was Du tust, nichts, was Du sagst, verdient die Ansprache „Lieber“. Und um ehrlich zu sein, die höfliche Ansprache „Herr Kurz“ muss ich auch zurück nehmen. Es ist vorbei mit Höflichkeit. Es ist vorbei mit Schweigen. Also noch einmal anders formuliert:

An den Kanzler, der nicht da sein sollte, wo er jetzt ist!

Ich gehe immer und immer wieder im Kopf durch, was ich Dir sagen würde, wenn Du einmal vor mir stehen würdest. Vielleicht würde ich versuchen, an Deinen Verstand zu appellieren – wobei ich mir oft nicht sicher bin, wieviel davon noch übrig ist – vielleicht würde ich an Dein Herz appellieren – wobei auch hier zu bezweifeln ist, ob dies für mehr schlägt als nur für Deine Politik, deren einziges Ziel die Macht ist.

Definitiv würde ich meiner Wut Ausdruck verleihen. Ich würde Dir sagen, dass Deine unmenschliche Politik oder – wie Du sagst – Deine Politik der „Schrecklichen Bilder“ verachtenswert ist. Denn Sebastian, das sind nicht nur Bilder. Hinter diesen Bildern stehen Geschichten, stehen Menschen, die eine Geschichte haben. Dahinter stehen Schicksale, dahinter steht der unbändige Wille, das eigene Leben und das Leben von Verwandten und Bekannten zu retten.

Diese Bilder existieren, weil hier in Europa ein Wohlstand herrscht, der auf dem Rücken, auf der Vergangenheit, der Gegenwart und der

Zukunft von Menschen aufgebaut wird, die eben nicht das Glück hatten, wie Du in Europa geboren zu werden. Menschen in Europa und in Österreich aufzunehmen, wird damit zu einer Frage der globalen Verantwortung für das unsagbare Leid, das wir woanders Tag für Tag produzieren. Die imperiale Lebensweise des Globalen Nordens führt dazu, dass Menschen im Globalen Süden ihrer Lebensgrundlage beraubt werden. Die Flucht vieler Menschen nach Europa, Sebastian, ist damit als Notwehr zu verstehen und Deine Politik als Politik der unterlassenen Hilfeleistung.

Hast du darüber schon einmal eine Sekunde nachgedacht? Ich vermute nicht. Es bleibt halt auch wenig Zeit, wenn man nur damit beschäftigt ist, Korruptionen und Skandale zu vertuschen und mit allen Mitteln seine Position zu behaupten.

Zur Nichtaufnahme von Menschen, die sich in den Lagergefängnissen Europas befinden – ja, Du hörst richtig: in Europa – in diesem Europa, das sich so häufig die Erklärung der Menschenrechte auf die Fahnen schreibt –, hast Du Dich letztes Jahr kurz nach dem Brand in Moria folgendermaßen geäußert: „Wenn wir diesem Druck jetzt nachgeben, dann riskieren wir, dass wir dieselben Fehler machen wie im Jahr 2015.“

Du nennst die Aufnahme von Menschen aus einem abgebrannten Lager einen Fehler. Ich nenne das alternativlos.

Die Forderung, die Grenzen zu öffnen und eine menschenwürdige Asylpolitik in Europa zu implementieren, wird in den Kreisen, in denen Du Dich bewegst, häufig als radikal bezeichnet. Aber weißt Du, was ich radikal finde: Ich finde es radikal, Menschen im Mittelmeer ersaufen zu lassen. – Ich finde es radikal, wenige Kilometer von Österreich entfernt Menschen erfrieren zu lassen. – Ich finde es radikal, die Grenzsicherung zusehends zu militarisieren und dafür Staaten einzubinden, in denen Diktatoren zu Türsteher Europas werden. – Ich finde es radikal, gezielt „schreckliche Bilder“ zu produzieren, um



* „Wochenende für Moria“, am Innsbrucker Landhausplatz, am 6.3.2021; es war dies das zwölfte Solidaritätscamp. Mittlerweile gab es 26 „Wochenenden für Moria“.

Menschen davor abzuschrecken, den gefährlichen Weg in die EU zu wagen. – Ich finde es radikal, in Europa, in Österreich das Asylrecht zusehens zu einem Unrecht verkommen zu lassen. – Ich finde es radikal, für den Ausbau des eigenen Wohlstand über Leichen zu gehen.

Seit 1993 dokumentiert eine niederländische NGO die Toten im Mittelmeer. Seit 1993 sind 40.555 Menschen – und das sind nur jene, die tot geborgen wurden – im Massengrab Europas ums Leben gekommen.

Giftige Politik

Und um es etwas schärfer zu formulieren, Sebastian, diese Menschen wurden ermordet. Ermordet durch eine Politik, die unter anderem Du vorantreibst. Durch eine Politik, die nur sich und die Macht kennt.

Du hast bereits so viel Schaden angerichtet und Existenzen zerstört mit deiner Partei der FPÖ ... oh verdammt, da war der Stift wieder schneller. Ich meine natürlich mit Deiner Neuen Volkspartei. Es ist aber auch manchmal schwierig, da den Unterschied zu erkennen.

Deine Politik ist Gift. Sie ist Gift für Österreich, sie ist Gift für Europa. In Deiner rechtspopulistischen Rhetorik, der Du Dich nur zu gerne bedienst, präsentierst Du Dich immer wieder als Mann aus dem Volk und als Mann für das Volk. Wer nicht zu diesem Deinem angeblichen Volk gehört, wird auch relativ schnell klar. Es sind Menschen, die Du in rassifizierender Manier als MigrantInnen bezeichnest. Nur eine kurze Randbemerkung dazu, Sebastian: Darunter subsumierst Du auch viele Menschen, die in Österreich geboren und aufgewachsen sind.

Wer ein Teil Österreichs werden will, so Deiner neoliberalen Logik folgend, muss sich integrieren, muss Leistung erbringen, um zu beweisen, dass mensch es auch wirklich verdient hat, in diesem Deinem Österreich zu leben. Die Forderung nach Integration ist dermaßen ermüdend für viele Menschen, und Du wiederum wirst nicht müde, sie zu wiederholen und zu wiederholen.

Und ich würde Dich gerne etwas zurück fragen: In was genau sollen sich Menschen denn integrieren? An was genau sollen sie

sich denn anpassen? Ein Freund von mir, der vor ca. vier Jahren aus Syrien nach Österreich geflohen ist – wobei er Österreich bis zu seiner Ankunft nicht einmal kannte – hat mir einmal eine Liste mit Fragen in die Hand gedrückt.

Die Liste bestand aus Fragen, die darauf abzielten, wie er sich verändern müsse, um als Österreicher gelesen zu werden. Dabei war ihm zugleich klar, dass dies nie passieren wird:

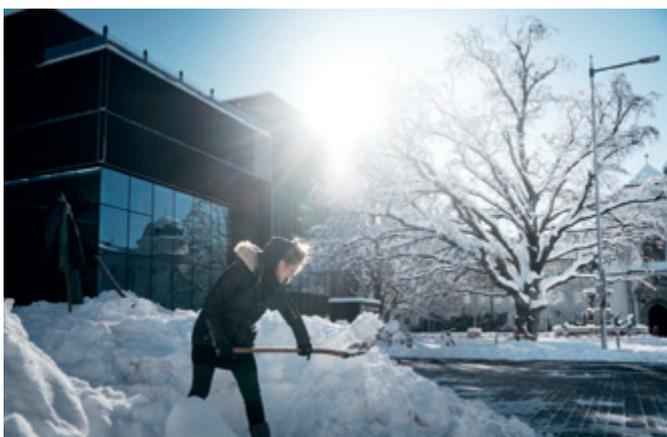
Nur zwei Fragen aus diesem Katalog möchte ich mit dir teilen, um meinen Punkt und den Punkt so vieler deutlich zu machen: 1. Wenn ich Österreicher werden will, Frauke, muss ich dann sexistische Bemerkungen auf der Arbeit machen und übergriffig sein? 2. Wenn ich Österreicher werden will, muss ich dann rassistisch handeln und Menschen ausschließen, schlecht behandeln und ihnen ihre Zukunft nehmen?

Verstehst Du, was mein Freund damit gemeint hat? Und kannst du ansatzweise nachvollziehen, dass sein Fazit nach unserem langen Gespräch war: „Okay, wenn das so ist, will ich kein Österreicher werden!“ Ich kann das sehr gut nachvollziehen.

Deiner Forderung, sich in ein System zu integrieren, dass mensch ablehnt, kann ich nur entgegensetzen: Ändere das verdammt System und nicht die Menschen, die in diesem System leben. Oder um es mit dem Appell von Max Czollek zu sagen: „Desintegriert euch!“

Er hat darüber übrigens auch ein Buch geschrieben, das ich Dir bei Bedarf gerne zukommen lasse. So viel Zeit muss sein, Sebastian.

Und ich möchte Dir zum Abschluss noch eine kleine Geschichte erzählen: Vor etwa einem Jahr habe ich eine junge Frau kennen lernen dürfen. Sie lebt mit ihren vier Kindern und ihrem Mann, der hochgradig suizidgefährdet ist, auf ca. 25 Quadratmetern in einer Unterkunft für Geflüchtete in Tirol und wartet seit drei Jahren auf die Entscheidung in ihrem Asylverfahren. Ihre Biographie ist übersät mit vielfältigen Gewalterfahrungen – sie hat physische genauso wie psychische Gewalt erlebt. Und das sowohl im Herkunftskontext, auf der Flucht als auch hier in Österreich. Das Gespräch, das ich mit ihr führen durfte, beendete sie mit dem Satz – und jetzt hör gut zu, Sebastian: „Weißt du, Frauke, ich dachte, der Krieg ist schlimm, aber da kannte ich Österreich noch nicht.“



Puhhh, Sebastian. Mir ist es eiskalt den Rücken runtergelaufen. Ich habe mich dafür geschämt, dass Menschen in Österreich so behandelt werden. Und was glaubst du, was in dieser Frau vorgeht, wenn sie auf Deiner Homepage folgendes Statement liest: „Bei jeglicher Form von Gewalt gegen Frauen – physisch, psychisch, real oder virtuell gibt es null Toleranz. Mir ist hier besonders wichtig, gegen jede Form von Gewalt gegen Frauen konsequent vorzugehen.“ Wie bitte würdest Du ihr erklären, warum die Gewalterfahrung, die sie hier in Österreich macht, weil Du Menschen mit langen und zermürbenden Asylverfahren abschrecken willst, nicht zählt? Warum Du nicht nur nicht gegen die Gewalt vorgehen willst, sondern sie gezielt produzierst?

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist in Deiner Logik die Gewalt der sogenannten Anderen. Zumindestens lassen das Deine Lösungsstrategien, die Du gleich unter Deinem Statement anführst, vermuten. Eine von sage und schreibe drei Maßnahmen, die Du für wichtig erachtest, ist jene gegen kulturell bedingte Gewalt vorzugehen. Dazu schreibst Du: „Ein besonderer Schwerpunkt muss auf den Kampf gegen kulturell bedingte Gewalt gelegt werden, denn wir verorten einen Anstieg an kulturell bedingter Gewalt an Frauen, wie Zwangsehen von Mädchen oder weiblicher Genitalverstümmelung. Hier gilt es, ganz klar dagegen vorzugehen und jegliche Form kulturell bedingter Gewalt in Österreich zu bekämpfen.“

Ach, Sebastian, manchmal weiß ich gar nicht, wo ich anfangen soll ...

In Österreich ist jede fünfte Frau – und das sind 20 Prozent der Frauen – ab ihrem 15. Lebensjahr körperlicher und/oder sexueller Gewalt ausgesetzt. Jede dritte Frau musste seit ihrem 15. Lebensjahr eine Form von sexueller Belästigung erfahren. Jede siebte Frau ist ab ihrem 15. Lebensjahr von Stalking betroffen.

Und weißt Du was: Nach Schätzungen der Polizei werden 90 Prozent aller Gewalttaten in der Familie und im sozialen Nahraum begangen. In ebenfalls rund 90 Prozent der Fälle sind die Opfer Frauen und die Täter die jeweiligen männlichen Beziehungspartner. Damit,

Sebastian, ist der gefährlichste Ort für viele Frauen und Mädchen die eigene Familie oder die Lebenspartnerschaft.

Ich weiß, dass es einfacher ist mit dem Finger auf andere zu zeigen, um sich nicht mit den wirklichen Ursprüngen der Gewalt an Frauen und Mädchen auseinandersetzen zu müssen. Denn würdest Du das tun, dann müsstest Du ganze Strukturen und Institutionen in Frage stellen. Dann müsstest Du in letzter Konsequenz auch Dein Amt als Kanzler niederlegen.

Denn Du bist der Letzte, der mir einfällt, wenn ich überlege, wie wir dem Ziel einer geschlechtergerechteren Gesellschaft näher kommen. Du bist der Letzte, der mir in den Sinn kommt, wenn ich darüber nachdenke, in was für einer Zukunftsvision von Europa ich leben will. Du bist der Letzte, der mir einfällt.

Ich möchte in einem Europa leben, in dem Menschen wie Du keine politischen Ämter inne haben. Ich möchte in einem Europa leben, dass sich seiner vergangenen und gegenwärtigen Verantwortung bewusst wird.

Ich möchte in einem Europa leben, das Menschen nicht als einen Ort beschreiben müssen, der schlimmer ist als der Krieg, den sie erlebt haben.

Ich möchte in einem Europa leben, in dem Politik für Menschen und nicht gegen sie gemacht wird.

Und das will nicht nur ich, Sebastian. Das wollen viele. Ich weiß nicht sehr viel, aber das weiß ich. Wir sind viele, die Deine gegenwärtige Politik ablehnen und eine andere Idee von Gesellschaft haben.

Zum Schluss will ich Dir noch eines auf Deinen hoffentlich nicht mehr allzu langen Weg als Kanzler mit geben, auf dem Du schon viel zu viel angerichtet hast: Deine Amtszeit ist zeitlich begrenzt, unsere Solidarität mit Menschen auf der Flucht kennt keine zeitlichen und keine räumlichen Grenzen, Sebastian.

Hoffentlich werde ich bald „Auf nimma-wiedersehen!“ sagen können.

Bis dahin verbleibe ich mit weiterhin wütenden Grüßen,
Frauke



Kettenabschiebungen beginnen in Österreich – Push-Back Alarm Austria Hotline gegründet

Von Alarm Phone Austria

Push-Back Alarm Austria
+43 1345 1444



Am 28. September 2020 überquerte Ayoub N. zusammen mit drei weiteren jungen Erwachsenen und drei unbegleiteten Minderjährigen von Slowenien aus die südsteirische Grenze nach Österreich. Sie wurden über Stunden von einem Großaufgebot der Polizei durch Felder gejagt und schließlich aufgegriffen. „Wir baten um Asyl, als wir auf den Feldern erwischt wurden. Die Polizei sagte uns, dass wir kein Recht auf Asyl haben, weil wir keine richtigen Dokumente mitführen“, erzählt Ayoub N. im Februar 2021 aus dem bosnischen Ort Velika Kladuša. Dorthin wurde die Gruppe am nächsten Tag in einem gewaltvollen Ketten-Push-Back gebracht. Anstatt den Antrag der Schutzsuchenden in Österreich anzunehmen, wie es österreichisches und internationales Recht klar vorsieht, übergab die steirische Polizei die vier Erwachsenen und drei Minderjährigen der slowenischen Polizei, die sie schon am nächsten Morgen an kroatische Beamte weiterreichte: „Sie brachten uns in die Nähe der [kroatisch-bosnischen] Grenze und die Polizei fuhr weg. Danach kam eine Gruppe kroatischer Zivilpolizisten und fing an, uns heftig zu verprügeln. Wir trennten uns und versuchten, in Richtung Bosnien/Kladuša zu fliehen. Mein Freund, A., der mit mir aus Österreich abgeschoben wurde, wurde sehr schwer geschlagen. Er kann kaum noch gehen. Unsere Situation ist nicht gut“, schildert Ayoub N. den weiteren Verlauf des Push-Backs.

Ayoub's Erfahrung ist kein Einzelfall, sondern hat System. Schutzsuchende Menschen werden davon abgehalten, in der EU Asyl zu beantragen. Selbst wenn es ihnen gelingt, über lebensgefährliche Routen bis in die EU zu gelangen, werden sie von den Behörden gesetzwidrig und mit Gewalt wieder aus der EU gebracht. Menschen-

rechtsorganisationen und aktivistische Gruppen wie das **Border Violence Monitoring Network** dokumentieren seit Jahren die gewaltvolle Grenzpraxis der Behörden entlang der Balkanroute. Die inzwischen über tausend Berichte zeugen von systematischen Erniedrigungen und massiver physischer und psychischer Gewalt. Sie zeigen auch: Das sind keine Einzelfälle von besonders brutalen Polizisten, das ist Teil des europäischen Grenzregimes, das zu extremen Leiden und Todesfällen von Schutzsuchenden Menschen führt. Auch die österreichische Polizei beteiligt sich offenbar eifrig an dieser illegalen Praxis.

Zeug*innen asylsuchender Menschen

Im Jahr 2020 wurden 494 Menschen von der österreichischen Polizei nach Slowenien zurückgewiesen darunter auch Kinder. 421 davon an der steirischen Grenze, 547 Rückweisungen erfolgten nach Ungarn. Unter den zurückgewiesenen waren Staatsbürger*innen von Syrien, Afghanistan, Pakistan, dem Irak und dem Iran – dass keine*r von ihnen um Asyl ansuchte, erscheint fraglich. 181 Personen wurden 2020 allein im Raum Radkersburg aufgegriffen, so wie auch Ayoub N. Von diesen 181 Personen konnten nur 19 einen Asylantrag stellen. Von den anderen behauptet die Polizei keinen Asylantrag gehört zu haben. Ayoub N. erzählt auch von der Behandlung durch die Polizei in der Steiermark: „Einige der Polizisten behandelten uns schlecht. Sie durchsuchten unsere Jacken und warfen sie auf den nassen und schmutzigen Boden, anstatt sie uns zurückzugeben. [...] Wir mussten uns völlig nackt ausziehen. [...] Sie haben uns getrennt und in einen Raum ohne Stühle gesperrt. Es gab zwar ein Fenster, aber der Boden war kalt. Sie haben uns nichts zu essen gegeben. Wir waren die ganze Zeit hungrig.“

Für uns von Push-Back Alarm Austria war damit klar: Es muss etwas getan werden! Im Februar ist die 24/7 Alarmhotline gestartet. Menschen, die internationalen Schutz benötigen und auf österreichischem Staatsgebiet ankommen, können anrufen und ihren Standort durchgeben. Wir informieren dann in Absprache mit den Schutzsuchenden die nächstgelegene Polizeistation, dass sich Personen auf österreichischem Boden befinden und um Asyl ansuchen wollen. So sind wir Zeug*innen der asylsuchenden Menschen, falls die Behörden im Anschluss behaupten, keinen Asylantrag gehört zu haben. Zusätzlich dokumentieren wir Push-Backs, von denen uns die Betroffenen berichten. Push-Back Alarm Austria versteht sich als Alarmtelefon und als eine Beobachtungsstelle, um Menschen-



rechtsverletzungen und rechtswidrige Push-Backs zu verhindern und zu dokumentieren. Als Inspiration dienten uns andere von Aktivist*innen initiierte Hotlines wie das **Watch the Med Alarm Phone** und dem **Alarm Phone Sahara** aber auch Alarmtelefone in Ländern der Balkanroute.

Ayoub N.s Fall wird zurzeit am Steirischen Landesverwaltungsgericht verhandelt. Das Urteil wird im Mai 2021 erwartet. Wir von Push-Back Alarm Austria erhoffen uns einen Präzedenzfall, wie kürzlich in Italien, der Push-Backs klar verurteilt. Damit setzen wir an einem von vielen Mosaiksteinen des unmenschlichen EU-Grenzregimes an, um gemeinsam mit vielen transnationalen Aktivist*innen am Abbau von Grenzen mitzuwirken.

So kannst Du uns unterstützen:

- Folge uns und ähnlichen Initiativen auf Facebook (<https://www.facebook.com/PushBackAlarmAustria/>). Informiere Dich und verbreite, was sich zurzeit an den Grenzen der EU und Österreichs abspielt.
- Ein funktionierendes Smartphone zuhause, das du nicht mehr brauchst? Gerne an uns spenden! (Melde dich unter: push-backalarm-austria@riseup.net)
- Finanzielle Unterstützung für den Erhalt der Hotline kannst Du hier beisteuern: IBAN: AT60 1400 0100 1021 6724, Kontowortlaut: eiPCP – Push-Back Alarm Austria

FLUCHTpunkt empfiehlt

Frauke Schacht: Flucht als Überlebensstrategie

Die Erziehungswissenschaftlerin Frauke Schacht – seit 2016 auch Vorsitzende von „FLUCHTpunkt“, dem vom Verein arge Schubhaft getragenen Beratungs- und Interventions-Projekt – schlägt in ihrer Dissertation am Innsbrucker Institut für Erziehungswissenschaften (Lehr- und Forschungsbereich „Migration und Bildung“) einen Perspektivenwechsel vor: Während die öffentlichen Bilder und Diskurse über jüngste Fluchtmigrationsbewegungen im europäischen Grenzregime „eine Art moralische Panik“ auslösen, plädiert die Autorin „für eine Denkhaltung, aus der Menschen als handelnde Personen, als Expert*innen ihres eigenen Leben in Erscheinung treten“. Diese Haltung dekonstruiere nicht nur hegemoniale Normalität, sondern eröffne neue Perspektiven auf marginalisierte Geschichten und kreative (Über-)Lebensstrategien. Frauke Schacht lehrt im Bereich Refugee Studies an den Bildungswissenschaften der Universität Innsbruck.

Frauke Schacht: *Flucht als Überlebensstrategie. Ideen für eine zukünftige Fluchtforschung.* Bielefeld, transcript-verlag, 2021

The Intercept: Der geheime Plan gegen die NGOs am Mittelmeer

The Intercept ist ein US-amerikanisches investigativ-journalistisches Online-Medium, das 2014 von Glenn Greenwald, Laura Poitras und Jeremy Scahill gegründet wurde, das in englisch und portugiesisch erscheint. Der US-Journalist Zach Campbell und sein italienischer Kollege Lorenzo D'Agostino haben nun das Vorgehen italienischer Anti-Mafia-Behörden gegen NGOs, die am Mittelmeer Geflüchtete retten, aufgedeckt, beim Versuch der namhaften Anti-Mafia-Ermittler, den libysch-italienischen Mafia-Strukturen beim Menschenhandel

mit Flüchtlingen auf die Spur zu kommen. Die Antimafia-Ermittler verfolgten zwar die Rolle von Frontex beim Aufbau einer neuen libyschen Küstenwache und die Verstrickungen libyscher Milizen im mafiösen Menschenhandel, versuchten dafür aber gerettete Geflüchtete zu instrumentalisieren, NGOs auszuspionieren und zu diskreditieren. Die Journalisten Campbell und D'Agostino sprachen mit Geflüchteten in Italien, mit einem Anti-Mafia-Staatsanwalt, bekamen interne Gesprächsprotokolle und Unterlagen der Behörden zu Gesicht.

Zach Campbell/Lorenzo D'Agostino: *Friends of Traffickers. Italy's Anti-Mafia Directorate and the „Dirty Campaign“ to Criminalize Migration.* The Intercept, 30. April 2021 – <https://theintercept.com/2021/04/30/italy-anti-mafia-migrant-rescue-smuggling/>

Zwei Zusatztipps:

Mit „**Seeking Asylum Is not a Crime**“ gewann die in Tirol lebende Künstlerin **Gina Disobey** den FM4-Protestsongcontest: https://www.youtube.com/watch?v=FmckOjX_nc&ab_channel=radioFM4

Und wir empfehlen das Projekt „**Now you see me Moria**“: <https://nowyousee memoria.eu/>



FLUCHTpunkt benötigt Unterstützung

**Sie können uns mit Spenden helfen
oder gerne eine Solidaritäts-Aktie erwerben**

Herzlichen Dank auf diesem Wege den treuen und selbstverständlich auch den neuen AktionärInnen.

Wir erhalten seit der vergangenen Legislaturperiode erstmals eine Subvention des Landes Tirol, weiterhin eine kleine Unterstützung der Stadt Innsbruck und des Tiroler Beschäftigungsvereins. Leider ist es uns dennoch nicht möglich, ausreichend Geldreserven zu bilden, und unvorhergesehene Ausgaben bleiben für FLUCHTpunkt nach wie vor ein großes Problem.

Neue AktionärInnen sind uns deshalb sehr willkommen. Bisherige Aktien können im Nennwert völlig unbürokratisch erhöht werden. Solidaritätsaktien zum Herunterladen finden Sie auf unserer Homepage: <http://fluchtpunkt.org>.

Konto: Verein arge-Schubhaft, Tiroler Sparkasse,
IBAN: AT43 2050 3033 0112 2382, Bic: SPIHAT22XXX

Öffnungszeiten der Koordinationsstelle / Office Opening Hours

Montag, Dienstag und Donnerstag von 09:00–14:00 Uhr
nach vorheriger Terminvereinbarung über Telefon oder E-Mail

Monday, Tuesday and Thursday 9.a.m.–2. p.m
by appointment via phone or email



Lust auf Mitarbeit bei FLUCHTpunkt?

FLUCHTpunkt hat einen großen und vielseitigen Vorstand mit vielen Mitgliedern. Um unsere Arbeit gut machen zu können, brauchen wir immer wieder Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren. Die Möglichkeiten dafür sind vielseitig. InteressentInnen können sich gerne bei uns melden.

info@fluchtpunkt.org
Tel: 0512/58 14 88

Wir freuen uns auch über Angehörige bestimmter Berufsgruppen, welche bereit sind, unseren MitarbeiterInnen mit ihrem Fachwissen beiseite zu stehen.

Den Infoletter können Sie auch auf der Website downloaden und verbreiten.

Impressum:

FLUCHTpunkt: Hilfe – Beratung – Intervention für Flüchtlinge
Ein Projekt des Vereins arge-Schubhaft,
Jahnstraße 17, A-6020 Innsbruck
Tel. 0043-512-581488, E-mail: info@fluchtpunkt.org

Bildnachweis: Die Fotos in diesem Heft dokumentieren die Initiative „Wochenende für Moria“, die seit dem 19.12.2020 – an jedem Wochenende – in Innsbruck stattfindet, größtenteils vor dem Landestheater. Nun schon ein halbes Jahr. Einmal hat die Initiative auch an anderen Orten der Stadt ihre Zelte für Moria aufgeschlagen (Fotos: privat).